

Herbert Leuninger  
29. August 2012

## ANTWORTEN AUF FRAGEN VON VERA GASEROW ZUM ASYLKOMPROMISS 1992

Was hat die damalige Entscheidung für Sie bedeutet? Können Sie persönlich sich noch genau an den 6. Dezember 1992 erinnern?

An dem Nikolaustag wurde mir klar, dass PRO ASYL trotz intensivster Bemühungen zur Erhaltung des Grundrechts auf Asyl gescheitert war. Ich selbst war tief enttäuscht, vor allem auch deswegen, weil ich dieses Verfassungsrecht als vorbildlich für die Weltgemeinschaft betrachtet hatte. Seine Bedeutung bestand in der Verlagerung der Asylgewährung von einer staatlichen Verpflichtung zu einem persönlichen, einklagbaren Recht. Ich fühlte mich damals verraten von den Kirchen und von der SPD, die dem Kompromiss zustimmten.

Dabei erinnere ich mich noch an die Mehrheitsentscheidung auf dem SPD-Parteitag in der Bonner Beethovenhalle am 16. November. Vor allem denke ich an die fremdenfeindlichen Töne, die kein Geringerer als Erhard Eppler, langjähriger Vorsitzenden der Grundwertekommission der SPD, in der Diskussion anschlug. Dazu kam noch das Fernseh-Interview auf einem Rheinschiff, bei dem ich gefragt wurde, was ich als Sprecher von PRO ASYL dazu sage, dass der Gründer von Cap Anamur, Rupert Neudeck, sich auch für die Änderung des Grundrechts auf Asyl ausgesprochen habe. Mir hatte es fast die Sprache verschlagen.

Wie erbittert ist damals die öffentliche Debatte abgelaufen?

Die Grundsatzdebatte begann ja bereits anfangs der 80er Jahre, als der öffentliche Diskurs von der Aufnahmebereitschaft für Flüchtlinge aus dem kommunistischen Ostblock auf eine Abwehr und Abwertung von Flüchtlingen aus den Krisengebieten der Welt umschlug. Der „Asylschnorrer“ wurde zum Leitbild der Fremdenfeindlichkeit. Die Folge war ein Anstieg rechtsexremistischer, fremdenfeindlicher und rassistischer Gewalttaten.

Dabei steht das Rostock-Lichtenhagener Pogrom vom 24. August 1992 bis heute für ein bizarres Zusammenspiel von Politik und gewalttätigem Mob. Statt mit aller Kraft gegen die rassistischen Gewalttäter vorzugehen, machte die Politik die Flüchtlinge für die Eskalation verantwortlich. So sagte der damalige Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) auf einer Pressekonferenz zu Rostock: „Wir müssen handeln gegen den Missbrauch des Asylrechts, der dazu geführt hat, dass wir einen unkontrollierten Zustrom in unser Land bekommen haben.“

Während die Politik auf radikale Abwehr setzte, wuchs der Widerstand gegen eine Grundrechtsänderung in der Bürgerrechtsbewegung. Auf dem Höhepunkt der

Auseinandersetzung fand am 3. Oktober 1992 eine Großdemonstration im Bonner Hofgarten gegen Rassismus und für das Grundrecht auf Asyl mit weit über 100.000 Menschen statt. Sie war organisiert worden vom Bonner Netzwerk Friedenskooperative. U.a. traten die „Toten Hosen“ auf. Bei dieser Demonstration war mir das Schlusswort und zwar nach dem fulminanten Auftritt des Sängers Herbert Grönemeyer zugefallen. Mit knappen Sätzen habe ich dem bundesdeutschen Verfassungsschutz völliges Versagen vorgeworfen und Stakkato die Parole ins Mikrofon gerufen: „Wir - sind – der – Verfassungsschutz!“

Sehen Sie im Rückblick Ihre damaligen Argumente bestätigt oder widerlegt?

Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass der Bundestag nicht befugt war, so einschneidend in das Recht auf Asyl, das 1948 von der UN-Menschenrechtserklärung als Menschenrecht eingestuft wurde, einzugreifen. Leider hat das Bundesverfassungsgericht nicht wie erwartet diese Grundgesetzänderung verworfen. Es hat allerdings das mit dem im gleichen Verfahren beschlossene Asylbewerberleistungsgesetz mit seiner Unterversorgung von Flüchtlingen als menschenunwürdig und verfassungswidrig eingestuft. Nur geschah dies erst 20 Jahre später!

Wie hat sich Ihrer Meinung nach seitdem die Debatte um Flucht und Asyl verändert?

Es ist der Bundesrepublik gelungen, die eigene Abwehrpolitik auf die EU zu übertragen und dort noch zu verschärfen. Auf europäischer Ebene spielen die Argumente zur Bekämpfung der »illegalen Migration« eine immer größere Rolle. Die Menschen, die nach Europa fliehen, werden als Illegale diffamiert und bekämpft. Die Fluchtverhinderung ist mit der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX zu Land und zu Wasser perfektioniert worden. Außerdem ist das europäische Asylsystem für Flüchtlinge ein undurchschaubares Labyrinth. Mit der »Dublin II«-Verordnung geht es darum zu bestimmen, welches Land für einen Flüchtling zuständig ist. Nach PRO ASYL hat diese zu einem regelrechten Wettbewerb der EU-Staaten geführt, wer die meisten Flüchtlinge an die Nachbarstaaten loswird.

Wie erklärt sich, dass das Thema heute kaum noch eine Rolle spielt, obwohl das Flüchtlingsproblem in den letzten 20 Jahren eher noch gewachsen ist?

Das Ergebnis der Abschottungsstrategie, in die sogar Diktator Gaddafi einbezogen war, ist, dass immer weniger Flüchtlinge überhaupt noch das Territorium der EU erreichen. Die Diskussion um die syrischen Flüchtlinge zeigt, dass die Bundesrepublik lieber Geld gibt, als dass sie Menschen aufnimmt.

---